

Die Schweiz wartet auf Donald Trump

Im Zollstreit ist eine Einigung zwischen Bern und Washington näher gerückt

HANSUELI SCHÖCHLI

Kommt sie nun demnächst? Oder geht es doch noch drei Monate? Oder kommt sie gar nicht? Solche Spekulationen über eine mögliche Lösung des von Donald Trump angezettelten Zollstreits mit der Schweiz gehören seit April dieses Jahres zum Inventar auf der Schweizer Politik- und Medienbühne. Zurzeit ist man wieder etwa gleich weit wie im Juli: Auf technischer Ebene scheint es eine Einigung zu geben, doch es braucht noch die offizielle Zustimmung des amerikanischen Präsidenten.

Ob es in diesen Tagen zu einer Zustimmung kommt, wie Agenturberichte und andere Stimmen vermuten lassen, muss sich noch zeigen. Immerhin hat sich am Mittwoch auch der Bundesrat mit dem Thema befasst, wie Regierungssprecherin Nicole Lamon vor den Medien bestätigte. Das ist in Kombination mit Rückmeldungen von Beobachtern ein Hinweis darauf, dass die Chancen auf eine bevorstehende Grundsatzeinigung gestiegen sind. Dass es noch in

der laufenden Woche zu einer Einigung kommt, wollte die Bundesratssprecherin weder bestätigen noch dementieren: Die Diskussion zwischen den beiden Ländern gehe weiter, und man werde informieren, wenn Spruchreifes vorliege.

Auf Schweizer Seite ist das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Guy Parmelin federführend in den Verhandlungen, auf der amerikanischen Seite ist es der Handelsbeauftragte Jamieson Greer. Die beiden hatten vergangenen Freitag an einem Videotreffen ein «sehr konstruktives» Gespräch, wie Parmelin damals sagte. Anfang dieser Woche war Staatssekretärin Helene Budliger für Gespräche nach Washington gereist.

10 Prozent der Gesamtexporte

Ob der amerikanische Handelsbeauftragte schon das Placet seines Präsidenten für die mögliche Vereinbarung erhalten hat, war am Mittwoch zunächst unklar. Trump hatte am Montag erklärt, dass man an einem Deal arbeite zur Reduktion des amerikanischen Import-

zolls von 39 Prozent für viele Güterimporte aus der Schweiz.

Gemessen am Exportvolumen von 2024 sind laut Bundesangaben rund 60 Prozent der Schweizer Güterausfuhren in die USA von diesem Zoll betroffen. Die gewichtigste Ausnahme sind Medikamente. Gemessen an den weltweiten Güterexporten aus der Schweiz trifft der amerikanische Sonderzoll gemäss Bund etwa 10 Prozent.

Die Schweizer Regierung ist ein gebranntes Kind. Diesen Juli waren die Schweizer gestützt auf eine Einigung auf technischer Ebene sehr optimistisch und hatten sich auf eine rasche Verkündung vorbereitet – bis Anfang August das überraschende Nein von Donald Trump kam, verbunden mit dem Zollhammer von 39 Prozent.

Im Raum steht nun eine Reduktion von 39 Prozent auf 15 Prozent. Das entspricht dem amerikanischen Zoll für Güterimporte aus der EU. 15 Prozent liegen immer noch ein Vielfaches über den bis März 2025 geltenden Importzöllen der USA für die betroffenen Schwei-

zer Güter; laut Bundesangaben betrugen die Importzölle der USA auf Industrieprodukten zuvor im Mittel etwas über 2 Prozent. Wenigstens wären 15 Prozent deutlich weniger schlecht als 39 Prozent, und die Schweizer Exporteure wären auf dem amerikanischen Markt nicht mehr benachteiligt gegenüber den EU-Exporteuren.

Vervielfachung des Zollniveaus

Die Schweiz müsste im diskutierten Deal erhebliche Konzessionen machen. Die Liste diskutierter Zugeständnisse reicht von Investitionsversprechen über Zollsenkungen für gewisse Agrarimporte bis zur Reduktion von Schweizer Goldraffinerien für den amerikanischen Markt. Und dies dafür, dass die amerikanischen Importzölle im Vergleich zum März 2025 «nur» etwa auf das Sechs- bis Siebenfache steigen statt auf mehr als das Fünfeinfache. Die Schweizer Konzessionen gäbe es, obwohl die helvetischen Importzölle schon im März 2025 tiefer lagen als das dama-

lige Zollniveau der USA. Auf Industriegütern verlangt die Schweiz seit 2024 überhaupt keine Importzölle mehr.

Eine offizielle Vereinbarung in den nächsten Tagen würde in den hauptbetroffenen Schweizer Exportsektoren wie etwa der Maschinenindustrie und der Uhrenindustrie für Erleichterung sorgen. Doch auch damit gäbe es noch keine Planungssicherheit.

Zum einen ist noch kein rechtsgültiger Vertrag zu erwarten, sondern «nur» eine gemeinsame Absichtserklärung. Diese wäre noch konkret umzusetzen, was Potenzial für neue Meinungsverschiedenheiten eröffnet. Das zeigen die Erfahrungen der EU, die im August eine gemeinsame Absichtserklärung mit den USA unterzeichnet hatte: Kaum war die Tinte trocken, säte Donald Trump mit einer äusserst eigenwilligen Interpretation neue Unsicherheit.

Zum anderen sind auch unterschriebene Verträge mit der Regierung Trump angesichts des wechselhaften Politikwetters in Washington alles andere als ein Garant für Stabilität.